Cenî Info

Nr. 11
01.07.2012

Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.

"Mein Körper gehört mir – Ich entscheide!"

Seit Wochen protestieren Frauen in den Städten der Türkei und Kurdistans gegen die frauenfeindliche Politik der AKP-Regierung. In seinen jüngsten Erklärungen hatte Ministerpräsident Erdoğan Abtreibungen als „Mord" bezeichnet und unverschämter Weise mit dem Massaker von Roboski gleichgestellt, bei dem die türkische Luftwaffe im Dezember 2011 gezielt 35 kurdische Zivilisten ermordet hatte. Während die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen dieses Massakers weiterhin auf sich warten lässt, widmet sich die türkische Regierung nun der Kriminalisierung von Frauen und Frauenrechten.

Auf diese sexistischen und rassistischen Angriffe antworteten die Fraueninitiative gegen das Abtreibungsverbot und die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH) umgehend mit Protesten, einer internationalen Unterschriftenkampagne und Großkundgebungen. Auf zeitgleichen Kundgebungen in Istanbul, Adana, İzmir, Ankara, Amed (Diyarbakır), Çanakkale, Antalya und Bodrum forderten Frauen den Rücktritt von Ministerpräsident Erdoğan. „Abtreibung ist ein Recht – Roboski hingegen Völkermord!", „Nicht die legale Abtreibung sondern illegale Abtreibung ist Mord!", „Der Staat soll schweigen – die Frauen sprechen!" lauteten die Transparente und Parolen der Demonstrantinnen.

Gülşen Ülker, die im Namen der *Fraueninitiative gegen das Abtreibungsverbot* am 17. Juni 2012 auf der Großkundgebung in Ankara sprach, wies darauf hin, dass seit 1983 in der Türkei Abtreibungen bis zur 10. Schwangerschaftswoche legal seien. Demgegenüber sei die Ankündigung des AKP-Ministerpräsidenten, Abtreibungen zu verbieten, ein ernster Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Sie sagte: "Eine Geisteshaltung, die in Roboski arme kurdische Dorfbewohner ermordet und geborene Kinder tagtäglich dem Tod durch Hunger, Armut und Krieg aussetzt, spricht nun über noch nicht geborene Kinder. Das Abtreibungsverbot ist als ein Bestandteil der Bevölkerungspolitik auf die Tagesordnung gesetzt worden, um für das hiesige und das internationale Kapital neue billige Arbeitskräfte und für die Armee neue Soladaten zu erzeugen, die in den Krieg und in den Tod geschickt werden können. Für uns Frauen bedeutet diese Bevölkerungspolitik Behinderung und Tod."
Auch Rednerinnen der Partei für Frieden und Demokratie BDP verurteilten die sexistische Politik der AKP und wiesen auf die Zusammenhänge zwischen Feminizid, Gebärzwang und politischen Repressionen gegen die Frauenbewegung hin.

Feminizid und Gebärzwang
Offiziellen Zahlen zufolge hat in der Regierungszeit der AKP Gewalt gegen Frauen um 1400-1500% zugenommen! Auch die Selbstmordraten unter Frauen stiegen an, während die Anzahl von Frauen in der Lohnarbeit von 39% auf 24% zurückging. Anstatt wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, fördert die AKP mit ihrem Konzept des „politischen Islams" sexistische Gewalt. Nach den Wahlen vom Juni 2011 wurde das Frauenministerium auf ein "Familienministerium" reduziert. Führende AKP-Politiker werben für das Modell der "nationalistischen, kopftuchtragenden, hinter ihren Männern stehenden Frau", die mindestens 3 bis 5 Kinder gebären solle. Durch die AKP-„Bildungsreform" mit der Formel „4+4+4" werden in Wahrheit religiöse Bildungseinrichtungen, Kinderarbeit und Kinderheirat gefördert.
Auch das geplante Abtreibungsverbot soll dazu dienen, den Wachstum der türkischen Bevölkerung und die „traditionelle Rolle der Frau" als Gebärmaschine zu sichern. Obendrein forderte Erdogan sogar ein Verbot von Kaiserschnitten, da diese Entbindungsmethode eine weitere Schwangerschaft von Frauen gefährde. Ein weiteres Glied in dieser Kette von Unglaublichkeiten ist eine Anweisung unter dem Vorwand der „Gesundheitskontrolle von Müttern und Kindern", die das türkische Gesundheitsministerium im Mai 2012 erneut an die Ärztekammer schickte: Medizinische Labore sollen die Ergebnisse von Schwangerschaftstests in ein zentrales Datensystem eingeben und die Ehemänner und Väter der jeweiligen Frauen per SMS über das Ergebnis informieren. Aufgrund des immer noch vorherrschenden patriarchalen Ehrenkodexes gleicht dies geradezu einem Aufruf zur Ermordung von Frauen, bei denen eine außereheliche Schwangerschaft festgestellt wird.

Staatliche Repression gegen die Frauenbewegung
Während die Kontrolle über den Körper und das Leben von Frauen immer restriktiver wird, wird Gewalt gegen Frauen legitimiert, die diesem Rollenbild nicht entsprechen (wollen). Vor allem politische Aktivistinnen sind enormen staatlichen Angriffen ausgesetzt. Viele kurdische Aktivistinnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) wurden verhaftet und gefoltert, allein weil sie sich für eine geschlechterbefreite Gesellschaft einsetzten und aktiv in das politische Geschehen eingriffen. Zurzeit trifft die Repression primär Frauenprojekte. So wurde im Mai 2012 eine Frauen-Wäschereikooperative in Van mitten in der Nacht von einer Anti-Terror-Einheit der türkischen Polizei gestürmt. Selbst die Waschmaschinen wurden durchsucht und die Harddiskn der Computer beschlagnahmt, die zu Ausbildungszwecken gespendet worden waren. Die Soziologin Rojbin Cetin die das Projekt wissenschaftlich begleitete, wurde verhaftet.

Ceni, YÖP 30.6., ANF 8.6. und 17.6.

Kurznachrichten:

Freiheit für Basak Sahin Duman – Keine Auslieferung an die Türkei!
Am 29.5.2012 wurde Frau Basak Sahin Duman am Flughafen von Zagreb von der kroatischen Polizei aufgrund eines Interpol-Haftbefehls festgenommen. Nun droht ihr die Auslieferung in die Türkei, wo ihr über 7 Jahre Gefängnis wegen angeblicher „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" drohen. Sahin Duman ist türkische Staatsangehörige und lebt seit 2006 zusammen mit ihrem deutschen Ehemann in der BRD. Bevor sie nach Deutschland kam, war sie in der Türkei als Vorsitzende der Föderation Sozialistischer Jugendvereine und in der Sozialistischen Plattform der Unterdrückten politisch aktiv. Sie wurde am 7. 12.2004 mit vielen anderen bei einer öffentlichen Protestaktion festgenommen und saß drei Monate in Untersuchungshaft. Im Jahr 2010 wurden Dutzende der Dezember 2004 verhaftete Personen aufgrund von angeblicher Mitgliedschaft und Propaganda für eine terroristische Organisation verurteilt und erneut verhaftet. Derzeit läuft eine Unterschriftenkampagne für die Freilassung von Basak Sahin Duman. Denn sie darf nicht in das Land ausgeliefert werden, in dem demokratische Grundrechte ausgehebelt und Oppositionelle sowie demokratische Basisbewegungen gezielt verfolgt und unterdrükkt werden. Weitere Infos: http://www.freebasak.blogsport.de

Ständige Mahnwache vor dem Europarat für die Freiheit von Abdullah Öcalan
Am 256.2012 begann mit einer Pressekonferenz der „Initiative Freiheit für Öcalan" eine ständige Mahnwache vor dem Europarat in Straßburg, die bis zur Freilassung von Abdullah Öcalan fortgesetzt werden soll. Die Initiative setzt sich aus hunderten kurdischen, türkischen, assyrischen SchriftstellerInnen, PolitikerInnen,

„Ihr sollt spüren, dass Ihr im Gefängnis seid"

Seit 2009 beginnt in der Türkei fast jeder Tag mit einer neuen Festnahmeserie. BürgermeisterInnen, PolitikerInnen, JuristInnen, MedizinerInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, Studierende, Aktivistinnen der Frauenbewegung, MenschenrechtlerInnen… Das AKP-Regime geht systematisch vor gegen den Aufbau einer kurdischen Zivilgesellschaft. Partizipation am gesellschaftlichen, politischen und sozialen Leben – eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende demokratische Gesellschaft – wird unter Strafe gestellt. Kurdinnen und Kurden wird das Recht genommen, sich zu emanzipatorisch organisieren. Ca. 500 Aktivistinnen der kurdischen Frauenbewegung wurden in den vergangenen zweieinhalb Jahren inhaftiert.

Die Folge: Die Gefängnisse in der Türkei sind mit ca. 127 000 Untersuchungs- und Strafgefangenen vollkommen überbelegt. Mitte Juni kam es in mehreren Haftanstalten zu Aufständen gegen die unerträglichen Bedingungen. Bei einem Brand im Gefängnis in Urfa verloren 13 Gefangene im Alter zwischen 20 und 25 Jahren ihr Leben; über 40 wurden verletzt. Eine breitere Öffentlichkeit erreichten auch Berichte über Vergewaltigungen in der Kinder- und Jugendvollzugsanstalt Pozantı. Die JournalistInnen, die diese Fälle öffentlich machten, wurden kurz darauf selbst ins Gefängnis gesteckt.

Auch in anderen Gefängnissen ist die Situation nicht besser: Wegen der Überbelegung schlafen die Menschen zu zweit in einem Bett oder schichtweise. Die hygienischen Verhältnisse sind katastrophal. Wasser gibt es oft nur stundenweise, das Essen ist verunreinigt, die Gefangenen berichten von Mäusen und Schlangen in den Zellen und von blutigem Verbandsmaterial in der Suppe.

Nahezu täglich dringen Berichte von Folter, Misshandlungen, Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen an die Öffentlichkeit. Besondere Gefahr besteht für die Gefangenen beim Transport in ein anderes Gefängnis, ins Gericht oder Krankenhaus. Jeder Transport bedeutet Misshandlung und Erniedrigung. Vor allem für die weiblichen Gefangenen ist das so genannte „Stripsearching" eine besondere Tortur: Ohne jede Rechtsgrundlage werden die Gefangenen vor und nach Besuchen, Anwaltsgesprächen und Verlegungen nackt durchsucht.

So berichtet Sibel Mustafaoğlu in einem Brief von ihrer Verlegung in das Gefängnis Şakran: „Was ich erlebt habe, ist für mich als Frau erniedrigend und entwürdigend. Nachdem ich es abgelehnt hatte, mich vor den Wachhabenden zu entkleiden, sprangen sie zu fünft oder sechst auf mich. Sie zogen mich an den Haaren durch den Raum. Ein paar von ihnen hielten mich fest und versuchten, mir meine Kleidung vom Körper zu reißen. Einer würgte mich und griff mich mit Fußtritten und Schlägen an. Schließlich hielten sie mich an den Haaren fest, drehten mir den Arm um, pressten mein Gesicht an die Wand und zogen mich aus. Dann öffneten sie die Tür, damit auch die Soldaten mich nackt sehen konnten."

Die mangelnde Gesundheitsversorgung ist in vielen Fällen ein tödliches Problem. Es gibt zu wenig medizinisches Personal in den Haftanstalten, Frauen müssen sich in Anwesenheit von Soldaten untersuchen lassen, und viele Kranke erhalten gar keine medizinische Behandlung. Auf die Beschwerden über die Haftbedingungen von Gefangenen in der Frauenvollzugsanstalt Karataş antwortete die Gefängnisleitung lediglich: „Ihr sollt schließlich spüren, dass Ihr im Gefängnis seid". *Ceni*

Frauenproteste gegen den Mord an Semanur Subay

In der Nacht zum 4.6.2012 wurde erneut eine Frau auf brutalste Weise von ihrem Ehemann ermordet. Obwohl Nachbarn die Polizei informiert hatten, blieb jede Hilfe zu spät. Der Mord an Semanur Subay geschah in Berlin-Kreuzberg vor den Augen der Polizei, der Nachbarschaft und der Kinder.

Nach dem Mord an Semanur Subay protestierten kurdisch-deutsche Fraueninitiativen und Frauenvereine u.a. in Berlin und Hamburg gegen Männergewalt und forderten mehr Schutz für Frauen. Am 10.6.2012 luden die Kurdische Frauen Initiative und der kurdische Frauenverein Dest-Dan e.V. zu einem offenen Treffen ein: „Unsere Bestürzung, unser Schmerz, unsere Trauer und unsere Wut über den Mord an Semanur Subay sind groß. Kommen wir zusammen, um unsere Gedanken und Gefühle zu teilen, gemeinsam noch offene Fragen zusammenzutragen, unsere Forderungen zu formulieren und weitere Aktivitäten zu planen."

Trotz der kurzfristigen Ankündigung kamen ca. 70 Frauen zu dem Treffen. Es wurde darüber diskutiert, was wir gemeinsam tun können, um die Bedingungen zu verändern, die diesen Mord (der kein Einzelfall ist…) ermöglichten und die tagtägliche Gewalt in Beziehungen und Familie zu stoppen. Das Treffen endete mit der Planung konkreter Schritte, u.a. wurde eine Kommission gegründet, die die noch offenen Fragen verfolgt; Seminare zu Gewalt gegen Frauen, über den Einfluss der Religion auf das Frauenbild, zur Förderung von Gewaltprävention und über Mädchen-Jungen-Rollenbilder in der Kindererziehung sollen durchgeführt werden. Für den 18.6 riefen die Frauen zu einer Protestdemonstration auf, an der sich ca. 300 kurdische, türkische und deutsche Frauen sowie einige Männer beteiligten. Unter dem Motto „Wieder ein Opfer, wieder eines zuviel" und „Unser Leben, unsere Körper gehören uns" zog die Demonstration mit Parolen durch die Stadtteile Kreuzberg und Neukölln. Es wurde nicht nur eine konsequente Strafverfolgung der Täter gefordert, sondern vor allem Präventionsmaßnahmen und besserer Schutz für bedrohte Frauen, ein ehegattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen, mehr Beratungsangebote und eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Frauenhäusern. Für den 19.6.1012 riefen auch Frauengruppen in Hamburg zu einer Solidaritätskundgebung unter dem Motto „Keine Politik mit dem Körper der Frau! Für die Selbstbestimmung der Frau! Mein Körper gehört mir, ich entscheide!" auf. Das Frauenzentrum Nûjîyan, der Kurdische Frauenrat Hamburg, die Plattform kurdischer Frauen, der Frauenverein Sehrazat, die Demokratische Frauenbewegung Europa, Yeni Kadin ATIK und weitere Migrantinnenorganisationen protestierten in Altona gemeinsam gegen die strukturelle Gewalt der Politik, gegen Gewalt an Frauen in der Familie, gegen die Abschaffung des Abtreibungsgesetzes, sowie gegen Frauenmorde in der Türkei und in Deutschland. In Redebeiträgen und auf Transparenten verdeutlichten die Kundgebungsteilnehmerinnen: „Wir sind keine Gebärmaschinen!" und verurteilten die faschistische Frauenpolitik Erdogans. *Ceni, DestDan, YÖP 21.6.*

JournalistInnen, AkademikerInnen, KünstlerInnen, GewerkschaftlerInnen, Aktivistinnen der Frauen- und Jugendbewegung zusammen. Sie war nach dem Hungerstreik von 15 kurdischen AktivistInnen vor dem Europarat entstanden, der nach 52 Tagen, am 21. 4.2012 beendet worden war. Die Hungerstreikenden setzten sich im Anschluss mit über 120 TeilnehmerInnen des Protestmarsches zusammen, die vom 1. bis zum 18.2.2012 in eisiger Kälte unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Politischer Status für das kurdische Volk" von Genf nach Straßburg gelaufen waren und entschieden sich zur Gründung dieser Initiative.

ANF 25.06., ISKU

Termine:

No Border Camp 2012

Vom 13. bis 22. 7.2012 findet das No Border Camp in Köln statt, das durch ein offenes Netzwerk antirassistisch bewegter Gruppen und AktivistInnen organisiert wird. Weitere Infos: http://noborder.antira.info

Krieg beginnt hier – Stoppen wir ihn hier!

Vom 12. bis 17.9.2012 findet ein internationales Diskussions- und Aktionscamp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark statt.

Das GÜZ ist für Bundeswehr, NATO und EU ein zentraler Ort. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird. Das Camp soll ein Ort des Austauschs und der Bündelung antimilitaristischer Kämpfe werden. Neben der Diskussion sind auch gemeinsame Aktionen und praktische Erfahrungen im Sabotieren des Krieges geplant. Eingeladen sind alle, die der zunehmenden Militarisierung entgegentreten wollen. Weitere Infos: http://warstartsherecamp.org

Cenî Info

erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.com/

Spenden sind willkommen:
Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715